

26/08

Eingereicht am:	2.7.08
Erheblich erklärt am:	28.01.09
In Postulat umgewandelt am:	
Erledigt am:	

Motion zur Integration

Der Gemeinderat von Zollikofen wird beauftragt, der mangelhaften Integration entgegen zu wirken und Massnahmen zu treffen, welche die zu Integrierenden zu einer Integration bewegt.

Eine Möglichkeit wäre, Integrationsvereinbarungen nach dem Basler-Modell zu treffen.

Begründung

In den vergangenen Jahren haben sich Bund, Kantone, Gemeinden sowie privat oder anderweitig organisierte Gemeinschaften stark für die Integration von ImmigrantInnen eingesetzt und es wurden zur Verbesserung der Integration zahlreiche Gefässe geschaffen. Trotz der Schaffung dieser Integrationsbrücken muss festgestellt werden, dass die Integration in zahlreichen Fällen dennoch nicht stattgefunden hat und auch heute nicht stattfindet. Es fragt sich weshalb dies so ist.

Damit diese Frage geklärt werden kann, bedarf es zuerst der Begriffsdefinition. Integration bedeutet die *Herstellung eines Ganzen*, also ein gemeinsames Zusammenleben verschiedener Parteien. Die Schweiz als quasi Gastgeberland hat eine Gatekeeper-Funktion und muss den zu Integrierenden Integrationshilfen und –brücken zur Verfügung stellen. Im Gegenzug müssen die ImmigrantInnen jedoch von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen, wobei es nicht beim Gerbrauch als solchem bleiben darf. Die zur Verfügung gestellten Angebote wirken erst dann integrativ, wenn sich die ImmigrantInnen bereiterklären sich an unseren Strukturen anzupassen und diese zu akzeptieren. Fehlt diese Akzeptanz und Respektierung, kann eine Integration nicht stattfinden.

Schon heute ist klar zu sehen, dass Familien welche sich nicht unseren Regelungen unterordnen und keinen Anpassungs- und Integrationswillen haben, regelmässig zu sog. Problemfamilien mutieren. Werden Eltern und folglich deren Kinder nicht integriert,¹ wird ihnen die Zukunft regelrecht verbaut.

Verfügen Kinder über schlechte oder ungenügende Sprachkenntnisse, können sie dem Stoff des Schulunterrichts nicht folgen und beginnen i.d.R. den Unterricht zu stören.² Dies führt häufig zu ungenügenden Schulnoten und einer daraus resultierenden Demotivation, was wiederum regelmässig Aggressionsbildungen bewirkt. Der daraus resultierende tiefe Bildungsstand hemmt die (allgemeine) Entwicklung der Jugendlichen.³ Dies bewirkt eine Negativspirale. Diese Problematik zieht sich vom Schulalltag weiter ins Berufsleben. Fehlt der Integrations- und Anpassungswille bei den Eltern, fehlt die Motivation zur Integration meist auch bei den Kindern.

¹ Entweder aufgrund fehlender Integrationshilfen von Seite des Staats oder aber aufgrund fehlender Integrationsbereitschaft der ImmigrantInnen.

² Es ist wichtig zu nennen, dass dies i.d.R. nicht an mangelnder Intelligenz, sondern an dem mangelnden Sprachverständnis liegt.

³ Infolge der ungenügenden Schulnoten werden Bildungswege verbaut. Den Jugendlichen fehlen Wissen und vor allem schulstoffliche Grundlagen, was für die zukünftige berufliche Laufbahn nicht förderlich ist.

Damit dieser Problematik entgegengewirkt werden kann, soll der Gemeinderat die Situation analysieren und Grundlagen sowie Massnahmen zu einer raschen Verbesserung schaffen. Als Beispiel dient das Basler-Modell. Dabei ermöglicht die VO des Bundes bindende Integrationsvereinbarungen auf Gemeindeebenen.

Es wäre sinnvoll eine gesetzliche Regelung zu schaffen, welche bei einem ungenügenden oder fehlenden Integrationswillen zu Sanktionen führt (bspw. bzgl. Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung).

Zollikofen, 24. Juni 2008

Marc Oliver Müller, JF - FDP

M. Müller

J. Kuster

B. Rötchlisberger

[Signature]

C. Ullmann

A. Müller

M. Thuy
[Signature]